



zuvor von peripheren Verhandlungen, um dort morgens begann der Krieg und gegen abend zu bewegen sich noch immer in allen Straßen. Die Behörden nahmen an der Kundgebung teil. Auf den Bahnen konnte man Inschriften lesen wie „Wir wollen eine demokratische Republik“, „Wir wollen einen Frieden“, „Hebt uns Land und den Friedenstag!“

### Spaniens Neutralität.

Erläuterungen García Prieto und Maura.

Madriz, 1. Mai. Ministerpräsident García Prieto erklärte: „Das neutrale Spanien steht nicht verängstigt da, wie vielleicht behauptet wird, da diese Haltung nicht nur von sieben europäischen Staaten geteilt wird, sondern auch sieben spanisch-amerikanischen Republiken erklärt haben. Neutralität beobachten zu wollen.“

Mauras Rede stand vor 20000 Zuhörern im Stierkloster und wirkte sensationell. Maura erklärte unter anderem noch, Spanien würde sich in keiner Weise am Kriegsbauwesen beteiligen, müsse seinen eigenen Willen aufrechterhalten und unaufdringlich rüsten. Es werde am Friedenstag nur dann mitreisen dürfen, wenn es seine Bedeutung in die Wagschale werfen könnte. Seine wirtschaftlichen Interessen binden Spanien an die Westmächte, aber nicht berichtig, das es seine Selbstbestimmung preisgegeben habe. Von Deutschland sei Spanien noch nie ein Leid zugefügt worden. Es habe keine Veranlassung, aus seiner Neutralität herauszutreten.

Auch der frühere Ministerpräsident Maura betonte in einer Rede für Spanien die Notwendigkeit Neutralität zu bewahren. Spanien stünde den Ententekräften von Haus aus nahe, aber kein Spanier werde darüber hinwegkommen, wie Frankreich die spanischen Interessen in Marokko verletzt und wie England in Gibraltar die Herrschaft an der spanischen Küste ausübe.

Bern, 1. Mai. Öffner Blätter melden aus San Sebastian: Nach einer Versammlung der antideutschen Liga kam es zu Unruhen. Deutschfreunde veranstalteten Kundgebungen zu Gunsten der Neutralität. Es entpannen sich Schlägereien. Die Polizei verhaftete mehrere Manifestanten.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Mai. Am Bundesstaatlich: Staatssekretär des Reichspostamtes Kraette.

Präsident Dr. Röhm öffnet die Sitzung um 11.15 Uhr. Zunächst wird die erste Lektion des Gesetzentwurfs betrifft. Gesichter für den Kaiser-Wilhelm-Kanal ohne Ausprache erledigt und Johann auch in zweiter Lektion unverändert angenommen. Darauf wird die Beratung des Staates fortgesetzt und zwar mit dem Titel der Post- und Telegraphenverwaltung.

Es sprechen die Abg. Taubadel (Soz.), Raden (Str.), Hubrich (Fortschr. Bp.), Clemming (cons.) und Abg. Mayr-Herford (nat.).

Staatssekretär Kraette führt aus: Von allen Seiten werden die besonders schwierigen Verhältnisse der Kriegserziehung der Postverwaltung anerkannt. Uns stehen für den Krieg und Friede nicht so viele Männer zur Verfügung wie früher. Der schwere Winter ist dabei mit in Rücksicht zu ziehen. Die Einzelheiten sind nicht wegen der Einschätzungsleistung abgeschafft worden. Die Zahl der in Verlust gekommenen Pferde ist nicht so hoch, wie man annimmt. Bei 4000 Pferden konnte nur 1 verlorene gesendet werden. Dieser Zustand ist nicht mit der Beschaffung der Aushilfspannungen in Verbindung zu bringen. Wir zählen die gleichen Pferde wie die anderen bei entsprechenden Leistungen. Die Frauen kommen gern in unseren Dienst, weil ihnen der Dienst mit der freien Zeit angenehm ist. Preisgestaltung und Osterr. Angabe werden in einigen Tagen eingeführt werden. Die Nacharbeiter in den Eisenbahnmotoren sind mit den Rüstungsarbeiter in der Produktion gleichzustellen. Die Verhängung von Disziplinarstrafen muß für alle Beamtenkategorien gleichmäßig erfolgen. Die Postbeamten dürfen nicht aus dieser allgemeinen Regelung herausgenommen werden. Die Befestigung der Postfreiheit der Posten ist nicht zu befürworten.

Abg. Ruhn (D. Fr.): Auch wie schließen uns der Auerkennung für die Beamtenschaft gerne an. Die Unterkunftsverhältnisse für Telegraphenarbeiter lassen zu wünschen übrig. Angeklagt der sozialdemokratischen Fraktion erläuterte: Nicht durch eine Vergewaltigungspolitik werde ein Zustand in Westen geschaffen, der die Zukunft des deutschen Volkes entschanden ist, nur nun endlich den Beamten ein Ausgleich gegeben werden.

Abg. Süßell (Soz. A.-G.): Die großen Schwierigkeiten, die durch den Krieg entstanden sind, sollten nun endlich überwunden sein. Leider ist dies über noch nicht der Fall. Die Bezahlung der Aushilfspannungen ist zu gering, sie ist der Grund für die vielen Dienststühle. Es sollten nicht die Spülhüben bestraft werden, sondern diejenigen, die zu geringe Löhne annehmen.

Staatssekretär Kraette: Ich bedauere, daß der Vorredner mit nicht vorher gezogener Bitte die Einschläfe mitgeteilt hat. Einflußbehörden bezweifelt ich die Richtigkeit der geschilderten Vorfälle. Ich muß prüfen, was darauf ist. Die Teuerungsablagen werden nach bestimmten Grundlagen beauftragt, genau wie bei allen anderen Behörden. Auch die Aushilfspannungen werden nach den bestehenden Grundlagen beauftragt.

Nachdem die Abg. Quarck (Soz.) und Sivokovich (F. Bp.) verhört wurden, vorgebracht, antwortet:

Staatssekretär Kraette: Die Resolution über die Postfreiheit der Bundesfürsten ist im Bundesrat noch nicht erledigt und ist kaum natürlich eine Mitteilung darüber nicht möglich. Von einer Verfügung, die Kriegsschädigte nicht als Hilfsbeamte beschäftigt werden dürfen, ist mir nichts bekannt. Ich beweise auch, daß eine solche Verfügung überhaupt ergangen ist.

Abg. Wumm (D. Fr.): Die Befreiung der Offizierskarrenstrafen muß dringend gefordert werden. Den im besetzten Gebiet tätigen Beamten sollte Land zum Gemüsezaud übertragen werden.

Im Interesse der Bevölkerungspolitik muß die Befreiungsreform gefordert werden mit Obstlands-, Nachtmarsch- und Lagerslagen. Damit schließt die Ausprache.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Der Präsident teilt mit, daß eine konserne und eine sozialdemokratische Interpellation eingegangen ist bzw. die Kriegsziele. Beide Interpellationen werden auf die mögliche Tagesordnung gelegt.

Der Vorleser wird bewilligt.

WEN vorliegender Gesetzentwurf zur Wiederaufstellung der Reichsabgaben für den Telegraphenverkehr wird in allen drei Sitzungen ohne Aussprache angenommen.

Nach unerhörlicher Debatte folgt der Titel des Reichstags.

Abg. Pfeifer (Soz.): Die Abgeordneten hätten sich nicht zu Einverständniß verpflichtet werden, wie es vorgesehen ist.

Der Titel wird genehmigt.

Darauf verzögert sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anträge, Interpellationen und die Fortsetzung der Titel-Beratung. Schluß 7 Uhr.

### Die belgische Frage vor dem Hauptausschuss des Reichstages.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Mitsamtlich). Der Hauptausschuss des Reichstags erörterte gestern u. a. die belgische Frage.

Ein Redner der sozialdemokratischen Volkspartei erklärte, die Annexion Belgien ist als erledigt anzusehen. Sie ist auch unerlässlich. Gegenüber der nationalliberalen Partei sagte die nationalliberalen Partei in Sachen der kriegspolitischen Fragen keine nationalliberalen Präferenzen auf der Seite der Annexion Belgien zu. Eine Durchsetzung des Grundprinzips der Staatslichkeit wird seine Partei auf keinen Fall zulassen. Auf dem Gebiete der Gemeindewohlfahrtsgesetzgebung wolle seine Partei die weitere Entwicklung abwarten.

Minister von Bodman gab zu, daß die Frauenfrage durch den Krieg eine große Bedeutung genommen, und die Werthöhung der Frau im öffentlichen Leben augenommen habe. Nichtsdestotrotz habe er noch wie vor gegen das Frauenwahlrecht bedeutend. Die Bedeutung der Frau für das Familiensein sei nach dem Krieg eine noch größere als sie vorher war. — Damit stand die allgemeine politische Debatte ihres Abschlusses.

Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.

oc. Karlsruhe, 4. Mai. (Mitsamtlich). Die Budgetkommission der Zweiten Kammer leitete gestern nachmittag ihre Beratungen fort, und zwar zunächst erfolgt Berichterstattung über die seit Schluß des letzten Landtags bis heute erzielten Administrationsleistungen bis zum 28. Mai in Anspruch genommen worden sind und zwar für Familienunterstützungen. Als ehemalige Kriegsversicherungsbefreiungen, für Aufbau eines Hauses in Karlsruhe für die Zusticherhaltung und für Erbauung einer Güterstube im Karlsruher Rheinhafen. Nach den Mitteilungen des Finanzministers wird die Staatskasse jeden Monat acht Millionen für Familienunterstützungen aufwenden müssen. Um die schwierige Not von den Arbeitern und Beamten fern halten zu können, werden große Mittel bereit gestellt werden müssen. Der Finanzminister schätzt den Beitrag auf 5 bis 10 Millionen. Die Höhe der schwierigen Schulden beträgt heute 85 Millionen; das Guthaben des Staates an das Reich 103 Millionen.

Es folgt eine kurze Befreiung über die Ernährungspolitik. Für die allgemeine Volksernährung (Sicherung bei der Fleischversorgung) werden nicht weniger als 335 Millionen benötigt.

Ein Redner der Deutschen Fraktion wies auf die Bedeutung der flandrischen Küste, auf die Notwendigkeit einer Flankierung für den niederbelgischen Industriebezirk und auf die Wichtigkeit des Hafens von Antwerpen hin. Aus diesem Grunde ist es ab jetzt sicher, über die Befreiung der belgischen Hafenanlagen zu verhandeln. Die Kritik richtet sich nicht gegen die sozialen Maßnahmen der vermehrten Fleischausweitung an sich, sondern dagegen, daß es das Reich durch die vielen Unterlungen sonst hat kommen lassen. Die Debatte über Ernährungsfragen wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Zur Beratung kommt dann der Gesetzentwurf über den Staatsvoranschlag und die Verwaltung der Staatsentnahmen und -Ausgaben (Staatsgef.). Der Zweck des Gesetzentwurfs ist der, der Regierung durch Aufhebung des § 29 des Staatsgesetzes die Möglichkeit zu verschaffen, den Betrag der bei den Leistungsgütern zu berücksichtigenden Beamten zu erhöhen. Der Berichterstatter regt die finanzielle Verbesserung an.

Ein Redner der Konservativen erläuterte, daß die Gestaltung der Berichtlinie in Belgien darf es nur eine Richtlinie geben, die Sicherheit der Zukunft unseres Volkes. Belgien sei jedoch in einem guten Zustand, um ein Befreiungstat zwischen Frankreich und Deutschland zu sein. Diesen Zweck habe es nicht erfüllt.

Die Gestalt auch Belgien annehmen sollte, wie ständen nur vor der Frage, ob die flandrische Küste unter unserem Einfluß oder den Engländern kommen sollte. Seine Freunde müßten mit den Rüstungsarbeiter in der Produktion gleichzustellen. Die Kritik richtet sich nicht gegen die sozialen Maßnahmen der vermehrten Fleischausweitung an sich, sondern dagegen, daß es das Reich durch die vielen Unterlungen sonst hat kommen lassen. Die Debatte über Ernährungsfragen wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion wies auf die Bedeutung der flandrischen Küste, auf die Notwendigkeit einer Flankierung für den niederbelgischen Industriebezirk und auf die Wichtigkeit des Hafens von Antwerpen hin. Aus diesem Grunde ist es ab jetzt sicher, über die Befreiung der belgischen Hafenanlagen zu verhandeln. Die Kritik richtet sich nicht gegen die sozialen Maßnahmen der vermehrten Fleischausweitung an sich, sondern dagegen, daß es das Reich durch die vielen Unterlungen sonst hat kommen lassen. Die Debatte über Ernährungsfragen wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Ein Redner der Konservativen erläuterte, daß die Gestaltung der Berichtlinie in Belgien darf es nur eine Richtlinie geben, die Sicherheit der Zukunft unseres Volkes. Belgien sei jedoch in einem guten Zustand, um ein Befreiungstat zwischen Frankreich und Deutschland zu sein. Diesen Zweck habe es nicht erfüllt.

Die Gestalt auch Belgien annehmen sollte, wie ständen nur vor der Frage, ob die flandrische Küste unter unserem Einfluß oder den Engländern kommen sollte. Seine Freunde müßten mit den Rüstungsarbeiter in der Produktion gleichzustellen. Die Kritik richtet sich nicht gegen die sozialen Maßnahmen der vermehrten Fleischausweitung an sich, sondern dagegen, daß es das Reich durch die vielen Unterlungen sonst hat kommen lassen. Die Debatte über Ernährungsfragen wird in einer späteren Sitzung erfolgen.

Herauf geht Ministerialdirektor Dr. Lewald nähere Auskunft über die Durchführung der Verwaltungstrennung hinsichtlich der einzelnen Behörden. Es sei zu erwarten, daß trotz einiger Schwierigkeiten, die Trennung in wenigen Wochen vollendet sein werde.

Ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion erläuterte: Nicht durch eine Vergewaltigungspolitik werde ein Zustand in Westen geschaffen, der die Zukunft des deutschen Volkes entschanden ist, nur nun endlich den Beamten ein Ausgleich gegeben werden.

Abg. Süßell (Soz. A.-G.): Die großen Schwierigkeiten, die durch den Krieg entstanden sind, sollten nun endlich überwunden sein. Leider ist dies über noch nicht der Fall. Die Bezahlung der Aushilfspannungen ist zu gering, sie ist der Grund für die vielen Dienststühle. Es sollten nicht die Spülhüben bestraft werden, sondern diejenigen, die zu geringe Löhne annehmen.

Staatssekretär Kraette: Ich bedauere, daß der Vorredner mit nicht vorher gezogener Bitte die Einschläfe mitgeteilt hat.

Einflußbehörden bezweifelt ich die Richtigkeit der geschilderten Vorfälle. Ich muß prüfen, was darauf ist. Die Teuerungsablagen werden nach bestimmten Grundlagen beauftragt, genau wie bei allen anderen Behörden. Auch die Aushilfspannungen werden nach den bestehenden Grundlagen beauftragt.

Nachdem die Abg. Quarck (Soz.) und Sivokovich (F. Bp.) verhört wurden, vorgebracht, antwortet:

Staatssekretär Kraette: Die Resolution über die Postfreiheit der Bundesfürsten ist im Bundesrat noch nicht erledigt und ist kaum natürlich eine Mitteilung darüber nicht möglich. Von einer Verfügung, die Kriegsschädigte nicht als Hilfsbeamte beschäftigt werden dürfen, ist mir nichts bekannt. Ich beweise auch, daß eine solche Verfügung überhaupt ergangen ist.

Abg. Wumm (D. Fr.): Die Befreiung der Offizierskarrenstrafen muß dringend gefordert werden. Den im besetzten Gebiet tätigen Beamten sollte Land zum Gemüsezaud übertragen werden.

Im Interesse der Bevölkerungspolitik muß die Befreiungsreform gefordert werden mit Obstlands-, Nachtmarsch- und Lagerslagen. Damit schließt die Ausprache.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Der Vorleser wird bewilligt.

WEN vorliegender Gesetzentwurf zur Wiederaufstellung der Reichsabgaben für den Telegraphenverkehr wird in allen drei Sitzungen ohne Aussprache angenommen.

Nach unerhörlicher Debatte folgt der Titel des Reichstags.

Abg. Pfeifer (Soz.): Die Abgeordneten hätten sich nicht zu Einverständniß verpflichtet werden, wie es vorgesehen ist.

Der Titel wird genehmigt.

Darauf verzögert sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anträge, Interpellationen und die Fortsetzung der Titel-Beratung. Schluß 7 Uhr.

Die belgische Frage vor dem Hauptausschuss des Reichstages.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Mitsamtlich).

Der Reichstag erklärte heute zu den auf der Tagesordnung stehenden Petitionen betreffend der Kriegsziele Staatssekretär Hoffmann:

Der Herr Reichsminister ist zur Beantwortung der Petitionen innerhalb des § 81 der Gesetzesordnung festgestellt.

Frisch an einem mit dem Präsidenten zu vereinbarenden Tag bereit. Damit sind die Interpellationen für heute erledigt.

WTB. Amsterdam, 4. Mai. (Nichtamtlich). Nach einem heiteren Blatt melden die "Times" aus Odessa, infolge des Eisgangs und der Schneeschmelze sind in ganz Südrußland viele Überflutungen eingetreten. In Kiew hat die elektrische Beleuchtung aufgehört. Der Straßenbahnbetrieb steht still. Eine große Zahl von Booten wird zurettungen zwischen gebraucht. Die Überschwemmung hat sich durch einen Dammbruch ausgetragen. Bei Rostow stehen viele Straßen am Ufer des Don unter Wasser.

WTB. London, 5. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt. Die Besatzung verlor das Schiff in drei anderen Booten. Der Dampfer sank binnen 25 Minuten.

WTB. Berlin, 4. Mai. (Reuter). Zwei U-Boote griffen den Dampfer "Rodnigian" an. Durch geschickte Manöver vermochte der Kapitän eine Zeitlang den Angriff auszuweichen. Schließlich wurde der Dampfer über von einem der beiden U-Boote eingekesselt. Ein Torpedo traf ihn schwer. Das U-Boot wurde getötet, ein Heizer verbrannte. Ein Hilfsmotorboot wurde zertrümmt.





